



Fristverlängerung bis 29. Mai. Kundgebung des Schlesischen Städtetages. Polnische Gewalttaten in Oberschlesien.

Die Friedensverhandlungen.

Fristverlängerung bis 29. Mai.

W. Versailles, 21. Mai. Dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Versailles, Reichsminister Grafen Brockdorff-Rantzau ist am 21. Mai folgende weitere Note des Ministerpräsidenten Clemenceau zugegangen:

Paris, 21. Mai. Herr Präsident! Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 20. Mai zu bestätigen. Sie hatten die Güte, mich darauf hinzuweisen, die Fragen, über welche die deutsche Delegation Bemerkungen vorzulegen wünschte, seien so verwickelt, daß die Delegation der deutschen Delegation in der Ihnen am 7. Mai gewährten fünfzehntägigen Frist nicht fertig sein könnten. Sie fordern infolgedessen eine Verlängerung dieser Frist. — In Erwiderung hierauf habe ich die Ehre, Euerer Excellenz mitzuteilen, daß die alliierten und assoziierten Regierungen einverstanden sind, die Frist bis Donnerstag, den 29. Mai, zu verlängern.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Clemenceau.

Dauer der Friedenskonferenz.

SShb. Amsterdam, 21. Mai. Aus Paris wird gemeldet: Es wird hier angenommen, daß die Friedenskonferenz noch den ganzen Sommer andauern wird. Lanfing und House werden so lange in Paris bleiben.

Enttäuschung bei der amerikanischen Delegation.

W. Amsterdam, 22. Mai. „Westminster Gazette“ meldet aus Paris: Bei einigen Mitgliedern der amerikanischen Friedensdelegation, die den Friedensvertrag stark mißbilligen, nehme der Widerstand dagegen ständig zu. Wahrscheinlich werden die Persönlichkeiten, die zu den augenblicklichen amerikanischen Bevollmächtigten in enger Beziehung stehen, gegen den Friedensvertrag protestieren. Verschiedene Persönlichkeiten der amerikanischen Delegation haben schon ihre Koffer gepackt, der Rücktritt von anderen steht bevor. Eine der bekanntesten Autoritäten erklärte, dieser Vertrag bedeute nicht den Frieden, sondern den Krieg. Diese Persönlichkeit fügte hinzu, sie werde deshalb in Kürze ihr Rücktrittsgesuch einreichen. Unter der amerikanischen Delegation herrscht Enttäuschung darüber, daß Präsident Wilson in seinen Punkten nachgegeben habe.

Widerspruch bei den Liberalen in Amerika.

W. Dem „Manchester Guardian“ zufolge machen die amerikanischen Liberalen kein Geheimnis daraus, daß sie die Friedensbedingungen für eine ähnliche Verleugung der gemachten Versprechungen und angebotenen Grundätze halten. Kein einziger Liberaler werde das Ende des deutschen Imperialismus bedauern, aber jeder Liberaler werde sich gegen die Ausschreitungen des Imperialismus bei den anderen wenden. Selbst diejenigen, die den Vertrag verteidigen gäben zu, daß er zwar ein gutes Urteil, aber kein Friedensvertrag sei. Die wirtschaftlichen Bedingungen seien davor, daß Millionen Deutschen auswandern müßten, wenn die Regierung den Vertrag unterzeichne, und zwar hauptsächlich nach Rußland. Was die Folge sein würde, könne man aus der Stimmung der amerikanischen Pressen lernen. Vom Rhein bis zur chinesischen Küste werde der Völkerbund auf Erbitterung und Haß stoßen. Die Deutschen, Russen und Chinesen hätten eine Region von Verbrechen, die beständig eine Bedrohung des Weltfriedens geben würden.

Protest englischer Arbeiterführer.

W. London, 21. Mai. (Reuter.) Eine Anzahl hervorragender Arbeiterführer, darunter Smille, Snowden, Landsbury, Neill und Maclean haben ein Manifest veröffentlicht, welches be-

Protest des Schlesischen Städtetages.

* Der Vorstand des Schlesischen Städtetages hat in seiner in Breslau abgehaltenen Sitzung folgende Entschlüsse gefaßt, die an die Reichs- und die Preussische Staatsregierung übermittelt worden ist:

Der Vorstand des Schlesischen Städtetages gibt den Gefühlen des Abcheues und des heiligen Zornes, die heute die Bevölkerung sämtlicher in dem Städtetag vereinigten Gemeinwesen durchdringen, feierlichen Ausdruck und verwirft den dem deutschen Volke angebotenen schmachvollen Frieden als beispiellosen Mißbrauch der Treue und Wortbrüche der Feinde an ihrer bindenden Verpflichtung vom November 1918.

Die vollständige Durchführung und Erfüllung auch nur eines Punktes des Vertragsentwurfs — mag er die politische Abgrenzung, die wirtschaftliche Knebelung, den Raub des Viehs, der Schiffe und der Verkehrsmittel, die finanzielle Verfallung oder die unerhörte Vergewaltigung der deutschen Staatsfreiheit betreffen — bedeutet in seinen grauenhaften Folgen auch die Vernichtung und die Vernichtung jeder kommunalen Selbstverwaltung. Kein städtisches oder ländliches Gemeinwesen könnte mehr die Pflichten und Aufgaben erfüllen, zu denen es auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiete berufen ist, und deshalb muß die einmütige Antwort der verantwortlichen Leiter aller Gemeinwesen lauten: „Ein solcher Frieden ist für den einzelnen und für die Gesamtheit unannehmbar, unerfüllbar und unerträglich.“

Uns Schlesier erfüllt besonders tiefe Entrüstung und Trauer über die willkürliche und auch nicht mit einem Schein von Recht zu vertretende Losreißung reindeutscher Kreise West- und Niederschlesiens und die Auslieferung Oberschlesiens an Polen und Tschechen. Deutscher Gemeininn und deutscher Fleiß haben diese Gebiete in Jahrhunderten zwischen ihnen und der Heimatprovinz gewoben hat, ist unzerreißbar.

Der Vorstand des Schlesischen Städtetages spricht der Reichs- (Staats-) Regierung das Vertrauen aus, daß sie alles aufbieten

wird, um dem deutschen Volke einen Frieden der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit zu geben. Der durch Jahrhunderte erprobten Treue der schlesischen Städte kann sie bei allen ihren Schritten gewiß sein.

Opposition des französischen Parlaments.

W. Versailles, 21. Mai. „Matin“ meldet, der Deputierte Benoist brachte in der Kammer einen Beschlusstrakt ein, einen besonderen Ausschuss von 24 Mitgliedern zur Prüfung der Friedenspräliminarien mit Deutschland, Österreich, Ungarn, Bulgarien und der Türkei einzusetzen. Der Ausschuss soll ernannt werden, um den Unterhändler zur Prüfung der militärischen Bestimmungen des Vertrages, deren Bekanntgabe der Deputierte Benoist von Clemenceau verlangen soll.

„Petit Parisien“ zufolge haben gestern nachmittag 140 Deputierte aller politischen Gruppen beschlossen, durch einen Beschlusstrakt die Regierung aufzufordern, den Wortlaut des Vertrages schleunigst allen Mitgliedern der Kammer und des Senates auszuhändigen.

Auch im Senate beginnen sich die Gruppen zu rühren. Der Ausschuss für Auswärtiges will den Friedensvertrag prüfen. Senator Martin wird beantragen, daß der Ausschuss für die auswärtigen Angelegenheiten durch Ergänzung von 18 neuen Mitgliedern vergrößert wird. Alle Parteien müßten in diesem Ausschuss vertreten sein.

Die Reichsregierung und die Auslieferungsforderungen.

SS In bezug auf die Forderung der Feinde, den Kaiser, den Kronprinzen und eine ganze Anzahl deutscher Generäle und Staatsmänner zur Aburteilung auszuliefern, soll dem „Tag“ zufolge die Reichsregierung zwar nicht zur Auslieferung an einen Gerichtshof der Entente oder einen internationalen Gerichtshof bereit sein, wohl aber soll sie nicht abgeneigt sein, einem neutralen Gerichtshof unter gewissen Bedingungen ihre Zustimmung zu geben.

Die Behandlung der Kriegsgefangenen in Frankreich.

W. Berlin, 21. Mai. In einer Note vom 23. April hatte sich General Nudant darauf beschränkt, die deutschen Klagen über eine große Anzahl von Fällen schlechter Behandlung deutscher Kriegsgefangener in der früheren Kampzone zur Kenntnis zu nehmen, ohne daß die Bereitwilligkeit ausgesprochen wurde, die Unternehmung der vorgetragenen Beschwerden zu veranlassen. Es wurden diese Fälle als einschlägige phantastische Klatschereien bezeichnet und mit dem Bemerkung abgetan, das französische Personal in den Lagern der deutschen Kriegsgefangenen sei über jede Anklage erhaben. Daraufhin wurde den Franzosen am 19. Mai eine kurze Denkschrift mit Auslagen über die Behandlung deutscher Kriegsgefangener in dem früheren Kampfgebiet überreicht. Den einschlägigsten Einzelheiten dieser Schrift ist zu entnehmen, daß die Behandlung der Kriegsgefangenen seit dem Waffenstillstande vielfach verschlechtert wurde. Angehörige der überlieferten Unterlagen, die auf Wunsch beliebig vermehrt werden können, wurde deutscherseits die Ermartung ausgesprochen. General Nudant wurde nunmehr veranlassen, daß die jetzt und schon früher geschilderten Mißstände in den französischen Lagern genau untersucht, und, wo vorhanden, mit allem Nachdruck abgestellt werden.

Heeresbericht des N. O. R.-Süd.

Tschedenfront: Eine im Abschnitt Landeshut auf unserem Gebiet vorgehende tschechische Patrouille wurde vertrieben.
Polenfront: Keine feindliche Patrouillenaktivität bei Zbun; auch nördlich Schlawa wurde ein feindlicher Patrouillenvorstoß abgewiesen. Die Stadt Zbun und Schloß Neuborf nördlich Bentschen lagen unter feindlichem Feuer.

werde, um dem deutschen Volke einen Frieden der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit zu geben. Der durch Jahrhunderte erprobten Treue der schlesischen Städte kann sie bei allen ihren Schritten gewiß sein.

Breslau, den 15. Mai 1919.

Der Vorstand des Schlesischen Städtetages.
Oberbürgermeister a. D. Dr. Bender, Breslau; Oberbürgermeister Dr. Wagner, Breslau; Oberbürgermeister Bernert, Ratibor; Oberbürgermeister Dr. Brüning, Weuthen OS.; Oberbürgermeister Dr. Kneubauer, Oppeln; Oberbürgermeister Nieba, Brieg; Oberbürgermeister Sna, Görlitz; Oberbürgermeister Dr. Erdmann, Waldburg; Oberbürgermeister Gahl, Grünberg.

Polnischer Terror in Oberschlesien.

W. Die Pressestelle des Staatskommissariats für Oberschlesien teilt mit:

Die beiden kleinen Teilstücke auf Ferdinand-Grube bei Rattow und im Rottreibetrieb der staatlichen Berginspektion III in Bielechowitz sind heute wieder erloschen. Im Rottreibetrieb sind alle Beteiligte angefahren, doch machen sich in der Rottbauer Grube des Rottreibetriebes, namentlich von polnischer Seite genährt, anarchistische Zustände. In der Rottbauer Grube ist gestern auf der Straße geschossen und mit Handgranaten geworfen. Die ruhige Bevölkerung ist ihres Lebens nicht mehr sicher. Der Terror eines kleinen Teils von Rottführern, die man ruhig als Verbrecher zu bezeichnen in der Lage ist, herrscht in der erschreckendsten Form. Nach dem begangenen Mord auf die Schule wurde gestern nach wieder ein solches auf den Wachtmeister Feist in Rottowisch unternommen. Jetzt wird wieder mit der Propaganda für den Generalstreik gespielt. Über 90 Prozent der ausländischen Bevölkerung des Kreises bekämpft die einschlägigen Behörden um Schutz gegen diesen maßlosen Terror. Seitens der Staatsregierung wird nunmehr mit den stärksten militärischen Maßnahmen gegen dieses Treiben eingeschritten werden.

Clemenceaus Antwort über die Wiedergutmachung.

* Zu der im heutigen Morgenblatt veröffentlichten Antwortnote Clemenceaus über die Wiedergutmachung und Verantwortlichkeit wird durch das W.B. folgende Auslassung verbreitet:

W. Versailles, 21. Mai. Die Antwort der alliierten und assoziierten Regierungen auf die deutsche Note vom 13. Mai über die Wiedergutmachung des Schadens, den die deutsche Delegation auf, mit dem die Entente verhandelt, die Friedensbasis zu verschieben und die 14 Punkte des Präsidenten Wilson in eine Haftung Deutschlands für den ganzen Krieg und alle seine Folgen umzuwandeln. In der Note Lanfings handelt es sich, wie ihr Eingang zeigt, um eine Auslegung des Begriffes „Wiedergutmachung der Inhabergüter“. Diese Wiedergutmachung konnte und mußte Deutschland übernehmen, weil es schon am 4. August 1914 durch den Mund seines leitenden Staatsmannes anerkannte, daß es den Krieg völkerrechtswidrig, nämlich durch die Verletzung einer garantierten Neutralität, nach Belgien und Nordfrankreich hinein getragen hatte. Um diese „Aggression“ handelt es sich. Nach dem Urtext der Lanfing-Note beziehen sich die Worte: „zu Lande, zu Wasser und aus der Luft“ nicht auf das Wort „Angriff“, sondern auf das Wort „Schaden“. Belgien und Nordfrankreich haben im Laufe des Krieges auf allen diesen Wegen viel Schaden erlitten; aber sowohl zu Lande, als besonders zu Wasser und aus der Luft ganz überwiegend durch unsere Gegner. Diese werden schwerlich bereit sein, Deutschland nur für den Schaden haftbar zu machen, der der französischen und belgischen Zivilbevölkerung durch die deutschen Kriegshandlungen zu Lande, zu Wasser und aus der Luft entstanden ist.

Was die Haftbarkeit des deutschen Volkes für die internationalen Verpflichtungen seiner früheren Regierung anlangt, so hat die deutsche Delegation diese ausdrücklich in dem Umfange anerkannt, in dem sie eingegangen sind. Sie bestreitet aber die Verdrängung unserer Gegner, das Volk für politische Vergehen zu strafen, die sie seinen abgesetzten Führern zur Last legen. Deutschland hat die russische Regierung, mit der es den Frieden von Brest schloß, wohl an die Vertragsverpflichtungen der zaristischen Regierung gebunden, ihr aber weder die Milliardenwerte noch die Menschenopfer angedreht, um die der überfall der Feinde des Javon auf den deutschen Osten das deutsche Volk geschädigt hatte. Wenn die alliierten und assoziierten Regierungen sich weigern, den Kommissionsbericht über die Schuldfrage herauszugeben, so paßt das in ein Verfahren, wo sie zugleich als Ankläger und als Richter auftreten. Der Angeklagte soll nicht einmal wissen, wessen und weshalb man ihn beschuldigt; er ist verurteilt, ehe er gehört wurde.

Bedauerlicherweise wird durch diese offiziöse Auslassung der Umfang des zu entschädigenden Gebietes durch die Sineirziehung von Nordfrankreich erweitert. Behmann Hollweg hat in seiner Rede nur davon gesprochen, daß wir durch die in Notwehr erfolgte Besetzung belasteten und luxemburgischen Gebietes das diesen Ländern zugefügte Unrecht wieder auf machen müßten. Nur hierzu haben wir uns durch die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen verpflichtet. Angesichts der „Tatsachenvielfachheit“ der Entente müssen wir ganz besonders vorsichtig in der Auslegung der feindlichen Antwortnoten sein.

Die Berliner Kundgebungen am Mittwoch.

SS Berlin, 22. Mai. Der Verlauf der gestrigen Kundgebungen der Unabhängigen und der Mehrheitssozialisten zur Friedensfrage hat gezeigt, daß in der Berliner Arbeiterschaft gegenwärtig die Haas- und Liebknechtleute stark die Oberhand haben. Der weite Raum des Lustgartens und seiner Umgebung, wo die Unabhängigen ihre Leute versammelt hatten, war dicht gefüllt. Dagegen war der viel kleinere Wilhelmplatz vor dem Eingange der Reichsregierung nur zum Teil von Anhängern Scheidemanns besetzt, die auch nicht imstande waren, einen Demonstrationsszug der Unabhängigen, der sich von den Linden her unter gewaltigem Lärm die Wilhelmstraße bewegte, aufzuhalten. Die unabhängigen Demonstranten verhinderten auch mit wildem Radau die letzten Redner der Scheidemannschen Kundgebung am Weiterreden, da sie sich der kleinen Schar ihrer Anhänger nicht mehr verständlich machen konnten. Die Gefolgschaft der Unabhängigen verlangt rücksichtslos die Unterzeichnung des Friedensvertrages, gleichgültig, ob er vorher etwas gemildert wird oder nicht. In der Verteilung des Friedensentwurfes der Feinde sind die Unabhängigen allerdings mit den Anhängern der Regierung einig, sie erwarten aber, daß er über kurz oder lang durch die Willkür der internationalen Proletariats nichtig gemacht und daß dann eine allgemeine Verfluchung und Verbrüderung der Völker eintreten werde. Trotz des wüsten Lärms der Unabhängigen sind die Kundgebungen ohne größere Ausschreitungen verlaufen. Im Lustgarten wurde allerdings ein aus dem Schloß kommender Soldat vor dem Mednerpult arg mißhandelt. Daß auch unter den Scheidemannschen Mehrheitssozialisten ein mehr oder minder großer Teil den bedingungslosen Abschluß des Friedens verlangt, zeigte eine Versammlung des Großberliner Arbeiterrates, in der die Mehrheitssozialisten sich spalteten. Der bekannte Vorsitzende des Zentralrates, Cohen-Reuch, sprach in dem Sinne, daß nach seiner Meinung weitere Verhandlungen keinen Zweck mehr hätten, und daß der Vertrag, wie er ist, angenommen werden müsse. Der Unabhängige Richard Müller brachte es sogar fertig zu behaupten, Deutschland allein habe die Schuld am Kriege. Die Versammlung nahm schließlich einen Antrag der Unabhängigen an, der die Unterzeichnung des Friedensvertrages forderte.

Bei der Kundgebung der Mehrheitssozialisten auf dem Wilhelmplatz hielt Scheidemann eine Ansprache in der er unter anderem ausführte: Wir sind keine Parvenüs des Pazifismus, sondern seit Wochen der Partei eine Kern- und Stoßtruppe. In der Betonung der Völkerverbündung liegt der größte Wert unserer Kundgebung, den wir uns durch keine Verdrängung der gegenwärtigen Presse rauben lassen wollen, als rege sich in diesen Tagen im neuen Deutschland der alte Nationalismus oder gar ein neuer Revanchegedanke. Nichts von Nationalismus, nichts von Revanche. Helfen Sie uns, daß die junge Republik ohne diese Erbfeinde einer vergangenen Zeit in die Zukunft hinüberreife. Für Völkerverbündung haben Sie heute Ihre Stimme erhoben; vereinen Sie sich auch noch in den nächsten Tagen mit den unausgesetzten Bestrebungen der Regierung für den höchsten und wirksamsten Ausdruck der Völkerverbündung, für den Völkerbund.

Spartakus gegen die Reichswehr.

sz. Spartakus hat eingesehen, daß er den offenen Kampf gegen die Reichswehr und die zu ihr gehörenden Freiwilligen-Regimenter nicht durchführen kann. Er ist, so es zum Kampfe kam, immer unterlegen. Der gutdisziplinierte Truppe, die fest in der Hand ihrer Führer ist, ist er nicht gewachsen. Deshalb versucht er sich jetzt — ganz wie bei der Vorbereitung der Revolution — an die Reichswehr und die Freiwilligen-Regimenter heranzumachen, um deren festes Gefüge und inneren Halt zu brechen. Folgendes geheime Rundschreiben des „Roten Soldatenbundes“ wirft ein bezeichnendes Licht auf die spartakistischen Agitationspläne:

An die kommunistische Partei Deutschlands, (Spartakusbund) Ortsgruppe . . .

Werte Genossen!

Die immer mehr um sich greifende gegenrevolutionäre Tätigkeit macht es notwendig, in bestmöglicher Weise die Vorbereitung der Freiwilligen-Regimenter vorzunehmen. Wir haben diese Arbeit unter der Voraussetzung ihrer tätigen Mithilfe übernommen und bitten zunächst um folgendes: Sammlung der Adressen der Angehörigen von Freiwilligen-Regimenten. Diese Arbeit kann auf den verschiedensten Wegen vor sich gehen. Wir weisen nur darauf hin, daß sich im Kreise der Genossen immerhin einige Befannte finden werden, die Freiwilligen-Regimenten angehören oder solche, die in der Lage sind, verlässliche Adressen anzugeben. Auch durch die Tätigkeit der Arbeiterräte, denen sehr oft verlässliches Material in die Hände kommt, können wir zum Ziele kommen. Diese Arbeit ist äußerst dringend und muß unbedingt von allen Seiten in Angriff genommen werden. Die so gewonnenen Adressen bitten wir, uns umgehend zu übersenden, da die Verarbeitung bestmöglichst von uns aus vorgenommen wird. Bei der Übersendung muß natürlich Sorge getragen werden, daß aus dem Briefe nichts zurückbleibt, um uns in irgendeiner Form gegen ebl. Verluste zu schützen.

Angehörige von Freiwilligen-Regimenten, die von den einzelnen Genossen als noch etwas zuverlässig bezeichnet werden, und unserer Bearbeitung leichter zugänglich sind, so daß wir auf diesem Wege Vertrauensmänner in den einzelnen Regimenten schaffen können, bitten wir besonders anzugeben. Es ist festzustellen, daß aus den Kreisen der Kirchenmitglieder und Wandervogel die Werbung für die Freiwilligen-Regimenter nicht ohne Erfolg geblieben ist, wobei in erster Linie die Verheerung der Presse und Zeitchriften uns gegenüber die Schuld trifft. Da gerade die Wandervogelorganisation während des Krieges sehr oft einen gesunden Sinn für die politische Lage und den Krieg beibehalten, so hoffen wir, gerade jene durch eine intensive Agitation in kurzer Zeit wieder aus diesen Regimenten herausziehen zu können. Wir legen auf diese Kreise darum besonderen Wert, weil sie die inneren Zusammenhalt in diesen Gruppen bilden und durch ihren Austritt die Disziplin eine derart lockere wird, daß die Verbände an gegenrevolutionären Maßnahmen ihre Aktionsfähigkeit verlieren.

Die anderen Angehörigen der Freiwilligen-Regimenter sind größtenteils durch die gute Bezahlung, das freie Leben usw. angezogen und wollen alles andere, als im gegebenen Moment ihr Leben in Gefahr bringen. Gelingt es uns, auf diesem Weg die geistigen Kräfte aus den Freiwilligen-Verbänden herauszuziehen, so ist deren Stöckkraft gebremst, umso mehr, wenn sie letzten Endes mit einem entschlossenen und widerstandsfähigen Proletariat zu rechnen haben. Zur Bearbeitung der Freiwilligen-Regimenter brechen wir folgende Methoden vor: In erster Linie können die weiblichen Mitglieder besonders tätig sein, umso mehr, als sie nicht so leicht Gefahr laufen, von den Freiwilligen angegriffen zu werden. Die Bearbeitung ist weit zweckmäßiger, wenn sie nicht innerhalb der geschlossenen Verbände vorgenommen wird, sondern wenn der Versuch, die einzelnen zu bearbeiten, mit fester Energie zur Durchführung kommt. Hierzu ist Gelegenheit auf den Straßen, in den Lokalen, Bahnhöfen, Eisenbahnen und allüberall, wo sich einzelne dieser Regimentstruppen sehen lassen. Ein Flugblatt in die Hand gedrückt, das sie zurückgewinnt, ist weit zweckmäßiger, als den berechtigten Unmut über ihre Taten durch Schimpfsprüche, wie „Kriegsgewinnler“, zum Ausdruck zu bringen. Wir müssen hierbei stets das Ziel, die Zermürbung der Regimenter, im Auge haben und alle Wege, die hierzu gangbar sind, ausnützen. Diese Arbeit bezieht sich sowohl auf Freiwilligen-Regimenter, wie Grenzsicherungsgruppen und Sicherheitsmehrer.

Um baldige Zusendung gesammelter Adressen wird gebeten.

Mit Parteigrüß

Zentrale des „Roten Soldatenbundes.“

Die Angehörigen der Freiwilligen-Regimenter und Grenzsicherungsgruppen sind also im Bilde, wie und mit welchen Mitteln sie in nächster Zeit bearbeitet werden sollen.

Russische Kriegsgefangene gegen die Bolschewisten.

§§ Eine Kommission der Entente hat aus den noch in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen eine Gruppe zusammengekehrt, die sich zum Kampfe gegen die Bolschewisten bereit erklärt hat. Diese Gruppe oder ein Teil von ihr kam dieser Tage durch Litka, lit. Erscheinen, dessen Grund der Bevölkerung von Litka nicht bekannt war, rief bei dieser große Aufregung hervor. Es liefen Gerüchte um, die Bolschewisten hätten die baltische Front bei ihrer Offensive durchbrochen und drohten in Ostpreußen einzufallen.

Die Lage in Nordrußland.

D. v. G. Sellingsford, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht.) „Aufsundtagblatt“ wird über die Operationen am Murman berichtet: Die gesamte Stärke der dortigen Ententetruppen betrage 8000 Mann, außerdem operierten an der Archangel-Front eine unter dem Oberbefehl des Generals Müller stehende russische Armee von 20000 Mann, die von aus Petersburg und Moskau geschickten ehemaligen russischen Offizieren befehligt wird. Im Frühjahr, besonders während des Siegesanges auf der Dwina, war die Lage der Murmantruppen äußerst kritisch. Die von Trotski an dieser Front geplante und durch Entladung großer Truppenmengen gänzlich gestaltete Durchbruchsoffensive wurde durch einen Vormarsch der finnischen Freiwilligen in Ostpreußen vereitelt, insbesondere dadurch, daß die Murmantruppen bei Petrosawodsk abgeschnitten und die Verbindung mit Petersburg unterbrochen wurde. Somit ist dank der Volkserhebung in Ostpreußen und der tatkräftigen Hilfe der finnischen Freiwilligen die Situation vorläufig gerettet worden.

v. Berlin, 21. Mai. Wie wir von ausländischer Stelle erfahren, ist über die Einnahme von Riga bei dem deutschen A. O. H. Nord, das mit Liban in unangesehener Nachrichtenverfälschung steht, nichts bekannt.

Die Lage in Ostland.

D. v. G. Sellingsford, 21. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der „Revaler Rig.“ zufolge steht die neue estnische Regierung nicht nur erheblich mehr links als die bisherige Regierung, da die ideale Führung in den Händen der Sozialisten liegt, sondern hat auch ausgesprochen nationalistische, den baltischen Minderheiten feindliche Tendenzen. Mit der alten Regierung ist auch der deutsche Volksminister aus dem Dienste geschieden. Für die deutschen Beamten bedeutet das einen Schlag, aber mehr noch für Ostland selbst. Das Element, das bisher noch im Lande der Härte und einzig positive Kulturfaktor war, das baltische Deutschtum in Ostland, ist dadurch der Möglichkeit beraubt worden, positiv am Aufbau Ostlands teilzunehmen, und auch seine gefährdeten kulturellen Interessen zu schützen. — Während der Sitzung der estnischen Konstituante am 12. Mai wurde Gp-

land als selbständige unabhängige Republik erklärt. Die deutschbaltischen Abgeordneten waren nicht anwesend.

Die Wiederherstellung in Bayern.

D. Wie aus Bamberg gemeldet wird, soll die Umbildung der bayerischen Regierung, die durch die Aufnahme bürgerlicher Mitglieder in das Kabinett erreicht werden soll, erst Anfang nächster Woche erfolgen. Gern hat die Mittelpartei des Landtages zwei Anfragen eingebracht, die Aufschluß darüber verlangen, wie seit der Novemberrevolution die Mittel des bayerischen Staates verhandelt wurden. Ein Antrag derselben Partei verlangt, daß die am 17. März der Regierung durch das Ermächtigungsgesetz erteilten Vollmachten von dieser in die Hand der Volksversammlung zurückgegeben werden. Eine Anfrage der demokratischen Partei will wissen, ob die Regierung bereit ist, die am 1. Mai erteilte Vollaufklärungsstelle in München wieder zu besetzen, da es eines freien Volksstaates unzulässig sei, die öffentliche Meinung in einseitigem parteipolitischen Sinne zu beeinflussen.

Verschiedene Mitteilungen.

* Prozeß Lebebour. Die gestrige Verhandlung im Prozeß Lebebour sollte dazu dienen, durch Vernehmung des Angeklagten Art und Maß seiner Beteiligung an den Vorgängen am Berliner Volkspräsidium und im Reichstag sowie an der Forderung der Berliner Zeitungen festzustellen. Man blieb aber diesem Ziele recht fern, denn ein großer Teil der Zeit wurde verbraucht durch unfruchtbare Unterhaltungen mit dem Angeklagten, der zum Teil in sehr gereizter Form Ausfälle gegen den Vorsitzenden, den Staatsanwalt, gegen die Regierung Ebert-Scheidemann, den früheren Justizminister Heine vorbrachte und dadurch umfangreiche Antworten und Zurechtweisungen provozierte. Auf die eingehende Widerlegung dieser den Prozeß kaum fördernden Auseinandersetzungen verzichteten wir, da wir keinen Anlaß haben, den Lebebourischen Querelen zu weiterer Verbreitung zu verhelfen. Nur so viel sei mitgeteilt, daß Lebebour die Vernehmung seines Verlanges und es ablehnte, mit gewissen zur Verlesung gebrachten kommunistischen Flugblättern und mit der Waffenausgabe im Reichstag in Verbindung gebracht zu werden.

hbl. Erzherrger als „Ministerpräsident“. Wir lesen im „Dsch. Kurier“: Heute vormittag prangen im Zentrum Berlins an den Anschlagssäulen überal Extrablätter und wurden auch gratis verteilt, in denen die bevorstehende Ministerpräsidentenschaft Erzherrgers angekündigt wurde. Natürlich handelt es sich um einen groben Unfug über die Tendenz, die dahinter steht, läßt sich noch nichts sagen. Auftraggeber des Extrablattes ist ein gewisser Clements Gildebrandt, Bruder der angesehenen Firma Gumpel u. Co., die auf Vorkaufungen aus der Reichsangelegenheit erklärte: „Als Geschäftsleute müssen wir drucken was kommt.“

v. Mährisch-Odrau, 21. Mai. Zu dem gestrigen Explosionsunfall in der neuen Grube in Lash wird berichtet: Die Verunglückten wurden die ganze Nacht hindurch fortgesetzt. Nach den bisherigen Meldungen sind 32 Tote festzustellen. Im Krankenhaus liegen 28 Personen teils verletzt, teils durch Gas vergiftet. Vermißt werden noch ungefähr 50 Bergleute. Zur Zeit der Explosion arbeiteten in der neuen Grube 650 Bergleute, von denen der größte Teil sich durch einen Erntichmidt rettete. Einer anderen Meldung zufolge wurden noch 80 Bergleute vermißt.

* Reichen der Zeit. Die letzte Nummer des „Armee-Verordnungsblattes“ enthält folgende Bekanntmachung des Kriegsministeriums: „Einer Pariser Feilschrift zufolge soll von deutschen Truppen beim Rückzug aus Belgien ein Eisenbahnwagen mit über 6 000 000 Mark deutschen Silbergeldes in Rußland zurückgelassen worden sein. Ambednische Mitteilungen sind zur Beschleunigung unmittelbar an den Präsidenten der Reichsentscheidungskommission und gleichzeitig an die Kasernenabteilung des Kriegsministeriums zu richten.“

Schlesien.

Gegen den Gewaltfrieden.

Deutschnationale Protestversammlungen.

* Die deutschnationale Volkspartei Breslau veranstaltete gestern Abend noch drei weitere Versammlungen als Protestkundgebungen gegen den Vernichtungsfrieden. Sie fanden statt im großen Saale der Hermannloge, im Lustgarten und in der Schlachthofstraße.

In der Hermannloge, wo Lehrer Kalkbrenner die Versammlung leitete, sprach als Hauptredner der Abgeordnete Decker. Er wies einleitend darauf hin, daß der fälschliche Glaube an das Evangelium des großen Mannes jenseits des Ozeans allen denen, die ihn hegehet haben, jetzt eine bittere Enttäuschung gebracht hat. Die Deutschnationalen haben diesen Glauben von Anfang an nicht geteilt und konnten somit auch keine Enttäuschung erleben. Wir sind nicht aufzunaehmekommen, um über diese Verengungen, die eine schamlose Herausforderung des deutschen Volkes bedeuten, zu jammern und zu klagen. Dadurch erhöhen wir unter Ansehen in der Welt nicht. Mit Stolz und Würde wollen wir unser Unwillen tragen. Aber wir haben das Recht, der Welt den großen Betrug vor Augen zu führen, den der Vielverstand an der Menschheit begeht. Der Inhalt des „Friedens“-Vertrages ließe sich kurz in den einen Satz zusammenfassen: „Deutschland versichert auf seine Existenz“. Der Redner ging dann die einzelnen Bestimmungen des Vertrages durch und forderte u. a. unter lebhafter Zustimmung der Versammlung, daß die deutsche Regierung dem Kaiser innerhalb der Grenzen Deutschlands den Schutz gewähre, den er als deutscher Staatsbürger beanspruchen darf. Er sprach die bestimmte Erwartung aus, daß die Regierung bei dem in der Nationalversammlung ausgesprochenen „unannehmbar“ bleiben werde, und erinnerte daran, daß Scheidemann gesagt hat: die Hand solle verdorren, die diese Bedingungen unterschreiben würde. Nur ein mannhaftes, tuchtautes Auftreten hat bisher in der Welt immer Einbruch gemacht. Der Redner schloß mit der Hoffnung, daß unser Volk durch die Trübsal geläutert werde, und mit der Warnung, desto fester in der Liebe zum Vaterland und zur schlesischen Heimat zu bleiben. (Stürmischer Beifall.) Generalsekretär Strad meinte, daß die Ansicht der Anhänger Wilsons in unserm Lande, Wilson habe sich bei den Friedensverhandlungen nicht durchsetzen können, sondern sei überstimmt worden, doch wohl nicht richtig sei. Französische Blätter laden geradezu hierüber, und der „Temps“ hat uns deutlich genug gesagt, wie ein richtiger Clemenceaufriede ausgefallen hätte: Dann wäre überhaupt kein Deutschland und kein Preußen bestehen geblieben, sondern sie wären in die Teile aufgelöst worden, wie sie vor 1866 und 1870 bestanden. Davor hat uns der milde „Wilsonfriede“ noch gnädig bewahrt. Wir sehen davon wieder, daß ein Volk sich nur auf sich selbst verlassen darf. Wir stehen allein da, aber wir werden protektieren, und wir müssen handeln, wenn die Proteste nichts helfen (Lebhafter Zustimmung und Beifall.)

In der von Professor Schönrich geleiteten Versammlung im Lustgarten sprachen Rechtsanwalt Dr. Friedrich und Dr. Böhm, in der Versammlung in der Schlachthofstraße unter Leitung des Rechtsanwalts Demlow, Lehrer Krause und Parteisekretär Rindervater. Überall kam mit einmütiger Entscheidung die Ansicht zum Ausdruck, daß die uns vorgelegten Friedensbedingungen nicht unterzeichnet werden dürfen, und es wurde die bereits gestern mitgeteilte Entschliebung angenommen.

Weitere Kundgebungen.

Auch aus den Reichswehr- und Grenzsicherungsverbänden werden in immer steigendem Maße Stimmen laut, die diesen Gewaltfrieden als unannehmbar bezeichnen. Überall hat sich das Militär fast vollständig an den Protestkundgebungen in den ober-schlesischen Städten beteiligt und von vielen Truppen ist an die Regierung das Ersuchen gerichtet worden, diese Bedingungen abzulehnen. So richtete a. B. das Infanterie-Regiment 450 aus Oberschlesien folgendes Telegramm an die Regierung:

„Infanterie-Regiment 450, im Grenzschutz in Oberschlesien, legt geschlossen aufs schärfste Verwahrung ein gegen den uns zu gemuteten (unachseln) Gewaltfrieden. Das Regiment erwartet, daß die Regierung unter allen Umständen diese unerhörten Bedingungen zurückweist. Mit den treuegetreuen Schlesiern steht und fällt es zum Schutze des geliebten Vaterlandes. Kein Fuß breit deutschen Bodens darf ohne Kampf aufgegeben werden! Wir werden auf dem Posten sein!“

* Reife. Im Hinblick auf die Behauptung unserer Feinde, daß die Entrüstung des deutschen Volkes nicht echt sei, fand Mittwoch auf dem Ringe eine erneute Protestversammlung aller Parteien statt, welche nach vielen Tausenden zählte. Erster Bürgermeister Dr. Franke gab in ihrer aller Namen der Empörung der Bevölkerung gegen den Gewaltfrieden und gegen die Verletzung wichtiger deutscher Gebiete in einer zündenden Ansprache lebhaften Ausdruck.

Fortfall von Reichensteinschlesien.

* Vom Sonntag, den 25. Mai, ab fällt, wie wir aus amtlicher Quelle mitteilen können, das Erfordernis von Reichensteinschlesien auf den Strecken Breslau-Glatz und Breslau-Jobben fort.

Polnische Wühlarbeit in Oberschlesien.

* Durch terroristische Beeinflussungen aller Art und uneinlös-bare Versprechungen versuchen die Polen die ober-schlesische Bevölkerung für sich zu gewinnen. Obwohl im Inneren Polens Hungersnot herrscht, die bereits zu mehreren Anträgen im polnischen Landtage geführt hat, haben sie Lebensmittel an die Grenze geschafft, um damit die Bevölkerung zu locken. So werden in Sosnowice Lebensmittel bereitgestellt, die gegen besondere Vorsehung für die Polen in Oberschlesien eingeholt werden können. In Deutsch wird polnischer Sped für billiges Geld verkauft. Seitens besonderer Vereine werden der polnischen Bevölkerung ober-schlesischen Lebensmittel Coupons ausgestellt, auf die sie Lebensmittel bei Clupno und Modzejew kaufen kann. Aus Katowitz hört man, daß von polnischer Seite der Bevölkerung bis ins einzelne aufgemalt wird, wie allein durch die Öffnung der Grenze nach Polen eine erhebliche Verringerung in der Lebensmittelversorgung eintreten würde. Weiter machen die Polen dahingehende Versprechungen, daß mit ihrer Hilfe die Kriegsgefangenen eher befreit würden. Aus Ratibor und Katowitz wird berichtet, daß die dortige Bevölkerung aufgefordert wird, die Namen ihrer in Kriegsgefangenschaft befindlichen Angehörigen in besondere Listen einzutragen. Tugend welche reale Gründe für ihr Versprechen können die Polen nicht angeben. Desgleichen schlachten ihre Feinde die Furcht der Bevölkerung vor den kommenden hohen Steuern aus. Sie erzählen dann, daß die Oberschlesier nach ihrer Angliederung an Polen überhaupt keine Steuern mehr zu bezahlen haben würden. Daß Oberschlesien dazu bestimmt ist, nach seiner Vergebung durch Polen die Schäden zu heilen, die französische Kapitalisten dadurch erlitten haben, daß sie dem russischen Reiche gewaltige Summen liehen, wird natürlich verschwiegen. Außerdem scheinen sie die Furcht vor terroristischem Vorgehen für außerordentlich wirkungsvoll bei der Bevölkerung zu halten. Wenn immer wieder und an allen möglichen Orten werden die Gerüchte verbreitet, daß in den nächsten Tagen Angriffe der Polen auf Oberschlesien zu erwarten seien. Mit terroristischem Druck und mit reichlichen Versprechungen auf Behebung ihrer gegenwärtigen materiellen Sorgen sucht man von Polen aus die Oberschlesier für den Gedanken eines Anschlusses zu gewinnen. Auf ideale, nationale und historische Argumente vermag man bei der Agitation nicht hinauszugehen; daß sie aber bei der Mehrheit keinen Einfluß haben, daß vielmehr aus allen Teilen Oberschlesiens an die Organe der deutschen Republik in Bafeten von Zuschriften immer wieder die dringende Bitte gerichtet wird, mit allem Nachdruck für das Verbleiben des Landes bei Deutschland einzutreten, das zeigt von dem klaren Will der Bevölkerung für die eigentlichen Motive der Polen: die ersten wollen, wo sie nicht gefast haben, und die vor allem die Angliederung der hochentwickelten ober-schlesischen Industrie laßt, die sie aus sich heraus — wie die Verhältnisse ihres Landes zeigen — niemals hätten ins Leben rufen können.

[Sperrung von Gräfenberg-Freibalden.] Anfolge der Anarchie an Lebensmitteln, die für die einheimische Bevölkerung gänzlich unzulänglich sind, für Fremde daher schon gar nicht ausreichen, teilt der Stadthauptmann von Freibalden mit, daß Sommerfrischler nicht aufgenommen und verpflegt werden können. Milch erhalten selbst zahlreiche heimische Kinder der einheimischen Bevölkerung seit Monaten keinen Tropfen, aber auch andere Nahrungsmittel, wie Fleisch, Eier, Butter, Fett, Gemüse, sind gar nicht vorhanden. Das Gemeindevorstandskomitee kann Lebensmittel oder Lebensmittelarten an Fremde nicht abgeben. Es können lediglich in Getreidearten und konfessionierten Gräfenberger Kurhäusern untergeordnete Kuräste, die durch amtseräßig bestätigte Zeugnisse die unbedingte Notwendigkeit des Kurgebrauchs nachweisen, entsprechend den spärlichen amtlichen Anweisungen verpflegt werden. Die an den allernotwendigsten Nahrungsmitteln schwer mangelnde Bevölkerung ist infolge der bestehenden Verhältnisse zurzeit von einer demnach gereizten Stimmung gegen Sommerfrischler, daß ein ruhiges Verhalten derselben nicht gewährleistet werden kann.

Handelsteil

Berliner Börse.

Anfangsbericht. (Eig. Tel.)

Die gestrige Besehtigung setzte sich unter der Einwirkung einer etwas besseren Auffassung der politischen Lage auf dem heutigen Markt fort, in dessen Mittelpunkt wieder die heimischen Staatspapiere standen. Kriegsanleihen stiegen auf 76 bis 76½. Auch Staatsanweisungen und ältere deutsche Staatspapiere erholten sich merklich. Zu höheren Kursen gingen Canada und Bemerfenswert höher waren auch Orientbahn, Genzbahn, Sächsischbahn und Türkische Latal. Von Schiffahrtsaktien notierten besonders Australien und Südamerika höher. Am Montanmarkt setzten Montanwörter 6 Proz. höher ein. Ferner waren ober-schlesische Eisenindustrie, Gelsenkirchener, Phönix, Hombacher, Harpenz, Rothringier Güte und Deutsch-Luxemburger als besser zu bezeichnen. Höher wurden ferner notiert Badische Anilin, A. G. O., Deutsche Wafsen, Girsch Kupfer, Petroleumaktien höher, doch vermochten sich St. aus nicht zu behaupten. Österreichische, Ungarische und Russische Anleihen stül. Im Verlauf machte die Besehtigung, namentlich am Montanmarkt, weitere Fortschritte.

* Breslau, 23. Mai. Börse. Die freundliche Stimmung, die bereits gestern in Berlin am Ausdruck kam, vermochte sich auch an der hiesigen Börse durchzusetzen, denn die Haltung war von einer bemerkenswerten Zuversicht. Hier von wurden hauptsächlich Kriegsanleihen betroffen, in denen größere Umsätze getätigt wurden und deren Kurs bis 76½ zu steigen vermochte. Auch für heimische Fonds war reges Interesse vorhanden. So wurden besonders schlesische Boden-Pfandbriefe in größeren Beträgen aus dem Markt genommen, doch konnten sie ihren Höchststand nicht bis zum Schluß behaupten. Auch schlesische Pfandbriefe und polener Pfandbriefe waren gesucht. In Dividendenpapieren fanden nur geringe Umsätze statt. So gingen schlesische Bodenbank-Aktien mit 136½ bis 136 bez. V. Freiburger Aktien mit 159 bez. V. und Gräfenberger Terrain mit 187½ bez. uni. Im freien Verkehr bestand Nachfrage nach Meyer Rauffmann, ohne daß es zu einem Abschluß kam.

Dividendenabschlag. Vom 22. Mai b. J. ab werden Maschinenfabrik Wudau-Aktien (10 Proz.), desgl. Porzellan-Aktien (10 Proz.) ausschließlich Gewinnanteilschein für 1918, Königsberger Zellstoff-Aktien (20 Proz.) ausschließlich Gewinnanteilschein für 1918/19 an der Berliner Börse gehandelt und notiert.

Zuckerfabrik Diebstorf. Die Generalversammlung findet am 6. Juni in Diebstorf statt. Siehe Anzeige.

Bröncbial-Katarrh, Asthma, Atemnot
 heilt sicher die Leodengestirnhalation nach Prof. Dr. v. Sebel
 in I. Breslauer Inhalatorium, Rischerstraße 2.

Altes Gold und Silber
 kauft Paul Alter, Anberichmiedstraße 17.

Eiserne Fässer,
 schwarz und vergalnt, billig ab Lager.
 Auch vergalnte
Leuchtfässer
 preiswürdig lieferbar.

H. Grunow,
 Chemiker K.

